

FAKT

Ausgabe 1/2009
Das Magazin zu
jugendpolitischen Themen



Kinder- und Jugendring
Sachsen-Anhalt e.V.



Demografischer Wandel - Gestaltung unter veränderten Rahmenbedingungen

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
1. Migration in Sachsen-Anhalt seit 1990: Ursachen und Konsequenzen	3
Bevölkerungsentwicklung in Sachsen-Anhalt	3
Migrationsursachen in Sachsen-Anhalt	4
Folgen der Abwanderung für Sachsen-Anhalt	5
2. Die Auswirkungen des demografischen Wandels	7
Demografische Entwicklung im Land Sachsen-Anhalt	7
Handlungsansätze und Praxisbeispiele	11
3 Anforderungen und Probleme für die Jugendverbandsarbeit vor dem Hintergrund des demografischen Wandels in Ostdeutschland	14
Zur zivilgesellschaftlichen Bedeutung von Vereins- und Verbandsarbeit	14
Zur aktuellen Situation der Jugendarbeit in Vereinen und Verbänden im Ost-West-Vergleich	15
Antworten der ehrenamtlich getragenen Vereins-, Verbands- und Jugendarbeit ...	22
4 Literatur	27


Vorwort

Das Schlagwort „Demografie“ ist in aller Munde, ob es nun um das Rentensystem, den Entwurf neuer Lebensmodelle, den Werteverfall oder eine veränderte Zielgruppe geht. Auch in die Jugend(verbands)arbeit ist es eingedrungen. Doch sei vor allzu starker „Demografisierung“ gewarnt, denn so manches Problem – insbesondere in unserem Bereich der Jugendarbeit – gründet auf anderen Aspekten und ist nicht einfach mit dem demografischen Wandel zu erklären oder gar zu rechtfertigen.

Es ist jedoch unbestritten, dass die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen einem stetigen Wandel unterliegen und die ungünstige demografische Entwicklung einen erheblichen Einfluss auf die zukünftige Bevölkerungssituation hat. Die zwei Weltkriege im vergangenen Jahrhundert und deren Auswirkungen auf die Geburtenrate, die Migrationsbewegung nach der Teilung Deutschlands, der „Pillenknick“ und die Abwanderung der Bevölkerung nach der Wende 1989/90 trugen zu einem Bevölkerungsrückgang und einer zunehmenden Veralterung der Gesellschaft bei.

Ein Bereich, der von diesen Prozessen unmittelbar betroffen ist und nur allzu oft übersehen wird, ist die (ehrenamtliche) Jugendarbeit – insbesondere die Jugendleiter/innen-Ausbildung und Jugendleiter/innen-Tätigkeit. Betrachtet man allein die Bevölkerungszahlen der letzten Jahre und die -prognosen der nächsten Jahrzehnte, wird deutlich, dass sich im Bereich des jugendlichen Engagements drastische Veränderungen ergeben werden. Zum einen wird – an der Bevölkerung im entsprechenden Alter gemessen – die Zielgruppe der Juleica-Ausbildung immer kleiner. So steigt die Zahl der Kinder zwischen 6 und 14 Jahren, also die Anzahl der potentiellen Nutzer/innen von Angeboten der (zumeist ehrenamtlichen) Jugendleiter/innen, bis zum Jahr 2012 zwar noch an. Gleichzeitig sinkt jedoch die Zahl der Jugendlichen ab 14 Jahren, d.h. die der potentiellen Jugendleiter/innen, bis zum Jahr 2018 dramatisch.

Zum anderen wurde durch zahlreiche Studien belegt, dass vor allem gut ausgebildete weibliche Personen das Land verlassen, was ebenfalls Auswirkungen auf die Zielgruppen hat.¹ Neben den aktuellen Zahlen und Entwicklungen soll in dieser Fakt-Ausgabe noch einmal verdeutlicht werden, wie sich die Bevölkerungsentwicklung und deren „Nebenwirkungen“ auf die Jugendverbände und das ehrenamtliche Engagement Jugendlicher niederschlagen wird. Der Fachtag „Demografischer Wandel – Gestaltung unter veränderten Rahmenbedingungen“ im März 2009 zeigte diesbezüglich auf, welche konkreten Veränderungen durch den demografischen Wandel auf Verbände und Jugendleiter/innen zukommen werden und wie man diesen frühzeitig entgegentreten kann.


Rolf Hanselmann,
Vorstandsvorsitzender des Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V.

¹ Siehe hierzu bspw. den Beitrag von Fr. Prof. Dr. Dienel in diesem Heft S. 3-11 oder den 5. Kinder- und Jugendbericht des Landes Sachsen-Anhalt, 2009.

1. Migration in Sachsen-Anhalt seit 1990: Ursachen und Konsequenzen

Tom Bruchholz; Jugendbildungsreferent beim Landesjugendwerk der AWO Sachsen-Anhalt e.V. und Vorstandmitglied des KJR LSA

Nach dem Mauerfall und der politischen Wende im Herbst 1989 kam es in der DDR zu einer Massenabwanderung in Richtung Westdeutschland. Die Geburtenrate sank auf dramatisch niedrige Werte, was zu einem massiven Geburtendefizit führte. Als Mitte der 90er Jahre eine nahezu ausgeglichene Wanderungsbilanz zwischen alten und neuen Bundesländern vorlag, ging man fest davon aus, dass aufgrund der Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost- und Westdeutschland Abwanderung und Bevölkerungsrückgang in Ostdeutschland der Vergangenheit angehören. Doch Ende der 90er Jahre nahm die Abwanderung von Ost- nach Westdeutschland wieder zu. Sachsen-Anhalt ist von der Abwanderung besonders stark betroffen und hat seit dem Mauerfall mehr als 18 Prozent seiner Einwohner/innen verloren, so viel wie kein anderes Bundesland. Ein Ende dieser Entwicklung ist derzeit nicht abzusehen. Da vor allem junge, gut ausgebildete Menschen das Land verlassen, wird das weitere negative Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung haben.

Doch warum verlassen Menschen ihre Heimat, ihr Bundesland? Die Ursache für diese hohe Abwanderung scheint angesichts der Arbeitsmarkt- und Lehrstellensituation sowie des gescheiterten wirtschaftlichen „Aufschwung Ost“ ohnehin klar zu sein. Doch sind wirklich hohe Arbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel Ursache für den Weggang Hundert-tausender oder gibt es noch andere Gründe?

Bevölkerungsentwicklung in Sachsen-Anhalt

Die Abwanderung in Sachsen-Anhalt ist kein neues Phänomen. Lediglich kurz nach Ende des zweiten Weltkrieges stieg durch ankommende Flüchtlinge die Bevölkerungszahl an. Seit 1945 hat das Land keinen Bevölkerungswachstum mehr erlebt und zwischen 1955 und 1988 im Mittel 0,4 Prozent seiner Einwohner/innen verloren. Dies lag zum einen an der Fluchtbewegung aus der DDR, andererseits aber auch an den schlechten Lebensbedingungen.

Trotz der relativ familienfreundlichen Politik der DDR konnte die Zahl der Geburten die Abwanderung zu keinem Zeitpunkt kompensieren (vgl. Berlin-Institut, 2005).

Nach dem Mauerfall verzeichnete auch Sachsen-Anhalt eine Abwanderungswelle, die in Ausmaß und Verlauf an die Massenmigration nach dem zweiten Weltkrieg erinnert. Ende 1989 lebten auf dem Gebiet des später neu gegründeten Sachsen-Anhalts noch 2.964.971 Menschen. Ende des Jahres 2007 hatte Sachsen-Anhalt hingegen nur noch

2.412.472 Einwohner/innen, was einem Bevölkerungsrückgang per Saldo von 552.499 Menschen entspricht. Insgesamt haben über 852.343 Einwohner/innen Sachsen-Anhalt verlassen und selbst wenn im gleichen Zeitraum 643.557 Menschen zugezogen sind, bleibt doch ein Wanderungsverlust von 208.786 Personen bestehen (vgl. Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, 2007b).

Zusätzlich sank die Geburtenrate auf dramatische, weltweit zuvor noch nie gemessene Werte. Im Jahr 1993 bekamen die Frauen in Sachsen-Anhalt durchschnittlich nur noch 0,78 Kinder. Zwar stieg die Fertilität in den Folgejahren wieder langsam an und erreichte im Jahr 2001 einen Wert von 1,19 Kindern pro Frau. Dennoch liegt dieser Wert deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 1,4 Kindern pro Frau (vgl. Berlin-Institut, 2005, S. 54).

Migrationursachen in Sachsen-Anhalt

Das heutige Bundesland Sachsen-Anhalt bestand in der DDR aus den Bezirken Magdeburg und Halle. In diesen beiden Bezirken waren vor allem der Maschinenbau, die chemische Industrie und der Bergbau angesiedelt und boten zehntausenden Menschen Arbeit. Nach dem Zusammenbruch dieser und anderer Industriezweige in der Nachwendezeit wurden in Sachsen-Anhalt über 700.000 Arbeitsplätze abgebaut. Die Zahl der Beschäftigten ging zwischen 1990 und 2000 dabei um 46 Prozent zurück. Auch durch den ausgebliebenen „Aufschwung Ost“ erreichten die Arbeitslosenzahlen im Jahr 2001 Werte von über 20 Prozent (vgl. Berlin-Institut, 2005, S. 54). Lange Zeit war Sachsen-Anhalt Schlusslicht in der bundesweiten Arbeitslosenstatistik, bevor es dort von Mecklenburg-Vorpommern abgelöst wurde.

Doch trotz aller Probleme auf dem Arbeitsmarkt kann dies nicht die einzige Ursache für die Abwanderung aus der Region sein. „Abwanderung wird nicht ausschließlich durch den Arbeitsmarkt bestimmt. Nur die wenigsten Befragten sind vor der Abwanderung arbeitslos gewesen. Nicht das bloße Arbeitsplatzangebot, sondern die Qualität der Arbeitsplätze und vor allem die Möglichkeiten einer beruflichen Weiterentwicklung spielen bei Wanderungsentscheidungen die größte Rolle“ (Dienel u.a., 2004, S. 11).

Über den Mangel an Ausbildungs- und qualifizierten Arbeitsplätzen hinaus scheint aber auch ein Geflecht verschiedener biografischer, psychologischer und sozialer Faktoren die Abwanderung zu begünstigen (vgl. Dienel; Gerloff, 2003, S. 47).

Ein Erklärungsansatz für die erhöhte Abwanderungsbereitschaft junger Frauen aus Sachsen-Anhalt sieht Dienel (vgl. Dienel, 2005, S.16) darin, dass die in vielen ländlichen Regionen Sachsens-Anhalts anzutreffende dominante rechtslastige Jugendkultur für junge Mädchen und Frauen keine attraktiven Rollenmodelle bietet. Junge Frauen, die gleichberechtigte Beziehungen anstreben und nicht zum Mann aufschauen wollen, finden

möglicherweise in manchen Gegenden kaum Anschluss an Jugendcliquen und erst recht keinen für sie attraktiven Partner. Dadurch kann sich die Neigung zum Wegzug noch erhöhen (ebenda).

Folgen der Abwanderung für Sachsen-Anhalt

Die Auswirkungen und Folgen von Abwanderung und Geburtenrückgang sind inzwischen für alle Bevölkerungsgruppen spürbar und sichtbar. Besonders im ländlichen Raum bekommen die Menschen die Einrichtungsschließungen und den Wegfall von Angeboten noch deutlicher zu spüren, da Alternativangebote oft weit entfernt und mit langen Fahrzeiten verbunden sind.

In der Folge des Geburtenrückganges kam es vielerorts zur Schließung von Kindertagesstätten und wenige Jahre später dann zu Schulschließungen. Auch die Schließung von sozialen und kulturellen Einrichtungen wurde vielfach vorgenommen. Der Einzelhandel zog sich aus Stadtteilen und kleineren Orten zurück, mit dem Ergebnis, dass in größeren Städten Einkaufen nur noch im Zentrum möglich ist und in ländlichen Gebieten viele Dörfer keine Lebensmittelversorgung mehr vor Ort haben. Durch den Wegzug von Menschen und ausbleibenden Schülerzahlen sank zunächst die Nachfrage an öffentlichen Verkehrsleistungen und so wurde der ÖPNV teilweise stark eingeschränkt oder mancherorts gar eingestellt. Deupmann (Deupmann, 2005) formuliert es etwas provokant: „Schulen und Behörden liegen weit entfernt. Rollende Tante-Emma-Läden mit Lebensmitteln, Postagentur und Behördenservice müssen das Mindestmaß an Versorgung übernehmen. Wer trotzdem ausharrt, braucht viel Liebe zur Heimat – oder hat nicht mehr genug Kraft, seine Koffer zu packen“ (ebenda, S. 55).

Durch den massiven Bevölkerungsrückgang in großen Teilen Ostdeutschlands kam es zur historischen Situation des großflächigen Wohnungsleerstandes. Herrschte bis zur politischen Wende 1989 in Ost- und Westdeutschland immer Wohnraumknappheit, stieg die Zahl der leer stehenden Wohnungen in den 90er Jahren schnell an. Allein in Sachsen-Anhalt sind infolgedessen bisher etwa 41.000 Wohnungen abgerissen worden. Die Leerstandsquote sank von 23 Prozent im Jahr 2002 auf 18 Prozent Ende 2006. Kleinere Städte wie Burg oder Stendal sind mit einer aktuellen Leerstandsquote von 38 bzw. 23 Prozent besonders betroffen (vgl. Kruse, 2007).

Durch die Städtebauförderung sind mit Mitteln des Bund-Länderprogramms „Stadtumbau Ost“ seit 2002 insgesamt 131.596 Wohnungen vor allem in Plattenbausiedlungen abgerissen worden. Gleichzeitig wurden die Stadtzentren vieler kleinerer Städte restauriert. Das sieht zwar hübsch aus, aber es fehlt an Geschäften, an urbaner Lebendigkeit und damit an Lebensqualität.

Durch die Abwanderung von jungen, mobilen und gut qualifizierten Menschen aus Ostdeutschland und Sachsen-Anhalt ist eine Abwärtsspirale in Bewegung gekommen: „ ... ihre Arbeitskraft, Dynamik und Innovationsfähigkeit fehlen der Region ebenso wie die Kinder, die sie am neuen Wohnort bekommen werden. Der Bevölkerungsrückgang wird damit zur Wachstumsbremse und gefährdet mittelfristig den Aufholprozess Ostdeutschlands mehr als kurzweilige wirtschaftliche Konjunkturen“ (Dienel, 2005, S. 7). So bemerkt mittlerweile vielerorts auch die lokale Wirtschaft die Folgen der Abwanderung und beklagt trotz immer noch hoher Arbeitslosenzahlen einen Fachkräftemangel.



2. Die Auswirkungen des demografischen Wandels

Vortrag von Frau Prof. Dr. Christiane Dienel; Staatssekretärin im Ministerium für Gesundheit und Soziales Sachsen-Anhalt

Demografische Entwicklung im Land Sachsen-Anhalt

Nach Prognose des Bundesamtes für Raumwesen und Verkehrsordnung² ist die Bevölkerungsentwicklung vom Jahr 2005 an bis 2025 sehr ungleich verteilt. Mit einer Abnahme der Bevölkerungszahl um bis zu 10 Prozent ist nicht nur im Osten Deutschlands zu rechnen; auch Westdeutschland ist betroffen.

Zur Situation in Sachsen-Anhalt

In Sachsen-Anhalt ist im Zeitraum von 1990 bis 2007 ein Bevölkerungsrückgang von 461.704 Bürger/innen zu verzeichnen. Es besteht zurzeit ein Geburtendefizit von 248.791 Geburten. Die Abwanderung junger Menschen hält weiter an, darunter befinden sich überproportional viele junge Frauen.

Zum Vergleich: Auf 290 Geburten kommen 540 Sterbefälle und auf 670 Zuzüge kommen 890 Fortzüge.

Selbst wenn die Geburtenrate auf 2,1 Kinder je Frau ansteigen würde, ist die Zahl der abwandernden Frauen im Alter von 15 bis 44 Jahren immer noch zu hoch, um den demografischen Wandel aufzuhalten. 2007 gab es 17.387 Lebendgeborene, das entspricht einer Geburtenrate von 1,33 Kindern je Frau bei 428.893 Frauen im Alter von 15 bis 44 Jahren. Im Jahr 2025 werden nach statistischen Prognosen nur noch 275.165 Frauen der genannten Altersgruppe im Land leben. Bei einer Geburtenrate von 2,1 Kindern je Frau würden 15.967 Kinder lebend geboren werden. Dieser Wert liegt dennoch unter dem Geborenenwert von 2007.

² BBR-Bevölkerungsprognose 2005-2025/bbw.

Jahr	Frauen im Alter 15 bis 44 Jahre	zusammengefasste Geburtenziffer (zGZ) ¹⁾				
		Ist	Was wäre wenn, die GZ bei ... liegt?			Annahme ²⁾
		1,33	1,40	1,60	2,10	4. RBP
2007	428.893	17.387	18.233	20.838	27.350	1,29
2011	360.348	16.832	17.677	20.202	26.515	1,33
2020	296.807	12.500	13.127	15.003	19.601	1,40
2025	275.165	10.130	10.638	12.158	15.957	1,40

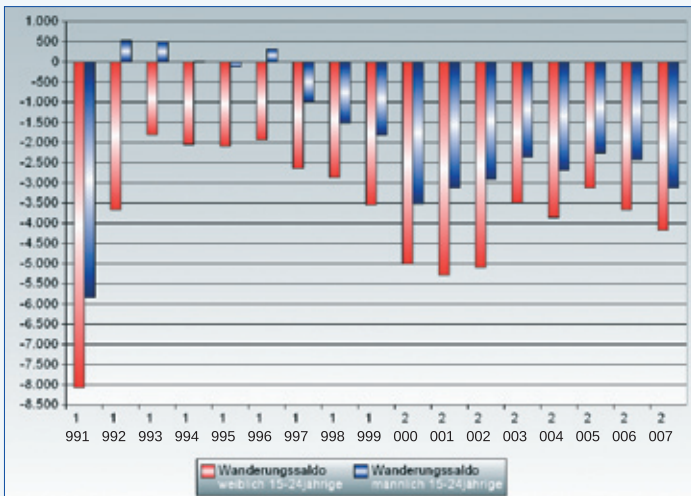
¹⁾ Summe der altersspezifischen Geburtenziffer. Sie gibt an, wie viele Kinder eine Frau im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen würde, wenn das gegenwärtige Geburtenverhältnis konstant bliebe.

²⁾ Ergebnisse u. Annahmen der 4. Regionalisierten Bevölkerungsprognose 2005-2025; ab dem Jahr 2018 jeweils zGZ 1,4 Zahl der Frauen 2011, 2020, 2025 und Annahmen der zGZ

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt

Wanderungssalden nach Geschlecht 15- bis 24-Jährige in Sachsen-Anhalt von 1991 bis 2007

Von 1991 bis 2007 ist ein Wanderungsverlust von 93.612 Personen zu verzeichnen, davon 62.307 Frauen und 31.305 Männer.



Quelle:
Statistisches Landesamt
Sachsen-Anhalt

Veränderung der Alterszusammensetzung

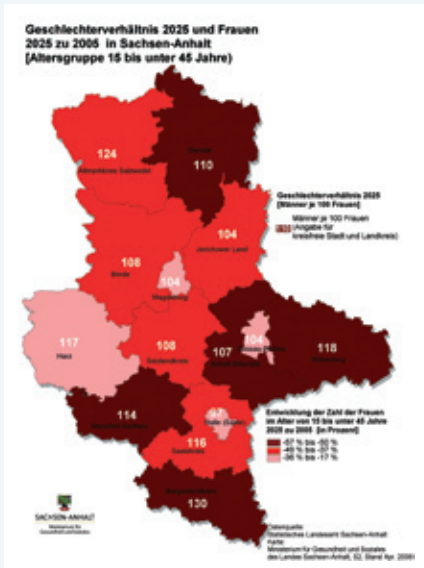
Bis zum Jahr 2025 wird sich die Zahl der Unter-27-Jährigen halbieren, während sich die Generation 85+, die ein erhöhtes Pflegerisiko mit sich bringt, verdoppelt.

Ausgewählte Altersgruppen Sachsen-Anhalt 2005 und 2025									
	Personen im Alter vom x Jahren bis unter (bu) y Jahren								Bevölkerung
	Nachwuchs	Ältere und Hochbetagte							
Jahr	0bu27	27bu65	65bu75	75bu85	85bu95	95bu100	100+	Sum	Personen
2005	630.879	1.304.415	319.600	171.158	39.842	3.592	230	534.422	2.469.716
2025	397.466	974.652	327.480	186.951	84.615	4.508	568	604.122	1.976.237
Entwicklung 2025 zu 2005									
absolut	-233.413	-329.763	7.880	15.793	44.773	916	338	69.700	-493.479
in %	-37	-25	2	9	112	26	147	13	-20

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Ergebnisse der 4. Regionalen Bevölkerungsprognose Sachsen-Anhalt

Veränderung des Durchschnittsalters der Bevölkerung nach Landkreisen

Das Durchschnittsalter der Bevölkerung wird sich im Jahr 2025 auf 50 Jahre erhöhen. Die höchsten Alterungsraten verzeichnen die Landkreise Mansfeld-Südharz und Wittenberg. Nur auf die weibliche Bevölkerung bezogen, hat neben Wittenberg und Mansfeld-Südharz auch der Burgenlandkreis eine der höchsten Alterungsraten. Die größten Städte in Sachsen-Anhalt, Magdeburg und Halle, haben eines der niedrigsten Durchschnittsalter, was sich wohl auch auf die an der Universität studierenden und arbeitenden Frauen zurückführen lässt. Generell ist festzustellen, dass der ländliche Raum schneller altert als die städtischen Gebiete Halle und Magdeburg.



Frauen

Die Zahl der Frauen zwischen 15 und 45 Jahren (fertiles Alter) geht um die Hälfte zurück. Gleichzeitig scheint sich im Altmarkkreis Salzwedel und im Burgenlandkreis ein ungünstiges Männer-Frauenverhältnis von 124 bzw. 130 Männern zu 100 Frauen im Alter zwischen 15 und 45 Jahren zu entwickeln.

Zum Vergleich: in 2005 lag das Verhältnis noch bei 115 bzw. 112 Männern zu 100 Frauen.

Handlungsansätze und Praxisbeispiele

Bisherige Aktivitäten des Landes zur Sicherung der sozialen Infrastruktur für die Jugend:

- Die demografische Entwicklung ist eines der Zukunftsthemen im **Koalitionsvertrag**.
- **Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans (LEP)** mit dem Ziel, die Daseinsvorsorge unter Schrumpfungsbedingungen zu sichern.
- Als **Planungsgrundlage** dienen die Ergebnisse der 4. Regionalisierten Bevölkerungsprognose Sachsen-Anhalt 2005–2025. (Voraussichtlich im Februar 2010 wird es eine neue Planungsgrundlage geben mit Bezug zum Basisjahr 2008.)
- Ein **Handlungskonzept** „Nachhaltige Bevölkerungspolitik“ wurde 2007 dem Landtag zugeleitet. Fortschreibung erfolgt 2010.
- **Alle Ressorts** befassen sich im Rahmen ihrer Fachaufgaben mit dem Thema Demografie.

Der Landesentwicklungsplan (LEP) 2010

Sachsen-Anhalt ist mehr als andere Länder vom demografischen Wandel betroffen. Die Auswirkungen sind demzufolge bei allen Planungen und Maßnahmen zur Entwicklung der räumlichen Struktur des Landes, die zu nachhaltigem Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit beitragen sollen, zu berücksichtigen. Insbesondere der Gesichtspunkt der sich wandelnden Altersstruktur und die damit verbundene Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge sind hierbei relevant.

Um gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen zu erreichen, sind die Angebote der Daseinsvorsorge und die Versorgungsinfrastruktur in allen Teilräumen in ausreichendem Umfang und in ausreichender Qualität in den zentralen Orten zu sichern und zu entwickeln. Hierbei sollen die besonderen Anforderungen von jungen Familien und der unterschiedlich mobilen Bevölkerungsgruppen, insbesondere älterer Menschen, bedarfsgerecht in allen Teilräumen gesichert werden. Bei der Entwicklung neuer Formen der Daseinsvorsorge muss und kann das Land innovativer und schneller sein. Die zentrale Frage, die sich dabei stellt, lautet: Wie kann Sachsen-Anhalt eine funktionierende Gesellschaft mit starken Haltefaktoren schaffen?



Das Sozialministerium hat dafür Demografie-Werkstätten zum Thema Soziales und Gesundheit initiiert, welche die Landkreise Wittenberg, Jerichower Land, Saalekreis, Harz und Stendal bereits im April 2008 umgesetzt haben.

Sozialministerin Frau Dr. Kuppe sagte bei der Auftaktveranstaltung am 10. April 2008, dass eine richtige Antwort auf den demografischen Wandel mit mehr älteren und weniger jungen Leuten laute, die Strukturen frühzeitig entsprechend umzubauen. Es dürfe nicht abgewartet, sondern müsse jetzt vorausschauend gehandelt werden.

Schlussbetrachtungen:

Die Grafiken und Tabellen zeigen es überdeutlich: Die demografischen Herausforderungen kommen auf uns zu, und gerade Sachsen-Anhalt als ostdeutsches Bundesland ist durch den starken wendebedingten Geburtenrückgang, die fortwährende Abwanderung junger Menschen und nicht zuletzt durch die stark gestiegene Lebenserwartung Älterer vor die Aufgabe gestellt, schneller als andere Regionen eine Antworten zu finden. Dabei darf die demografische Entwicklung nicht als Vorwand missbraucht werden, Einschnitte

in soziale Netze zu rechtfertigen. Vielmehr müssen wir die Frage beantworten: Wie kann unsere Gesellschaft, unsere soziale Infrastruktur auch bei einer zurückgehenden und älter werdenden Bevölkerung funktionieren und gutes Leben ermöglichen?

Dieser Aufgabe stellen wir uns im Ministerium für Gesundheit und Soziales seit 2006 ganz konkret: Sofort zu Beginn der Legislatur wurde eine kleine Stabsstelle Demografie eingerichtet, die die entsprechenden Maßnahmen im Ministerium mit unseren Partnern koordiniert. Wichtig ist dabei, Demografiegerechtigkeit als Querschnittsaufgabe bei allen Maßnahmen zu berücksichtigen. Man könnte diesen Ansatz in Anlehnung an das inzwischen etablierte Gender Mainstreaming als „Demografie-Mainstreaming“ bezeichnen. Inzwischen sind wir hier schon ziemlich weit. Sowohl im Bereich Kita-Investitionen wie beim Sportstättenbau haben wir einen Demografiecheck eingeführt. Dazu muss mit Hilfe der Daten des Statistischen Landesamts eine Nutzungsprognose erstellt werden; Konzepte für gewandelte Nutzungen (z.B. Rehasport statt Jugendmannschaft; Öffnung der Kita auf das Gemeinwesen unter Einbeziehung älterer Menschen) müssen vorgelegt werden. Ein entsprechender Demografiecheck ist auch für den Bereich der Krankenhausinvestitionen in Vorbereitung.

Ein wichtiger Schwerpunkt unserer Arbeit ist die konkrete Umsetzung demografiegerechter Maßnahmen in der Fläche. Dazu führen wir seit 2008, wie bereits oben erwähnt, nach und nach in allen Landkreisen Regionale Demografiewerkstätten Soziales und Gesundheit durch. Hier kommen die Akteur/innen vor Ort zusammen: Bürgermeister/in, Leiter/innen von Pflegeheimen und Kindereinrichtungen, Jugendamtsleiter/innen und Bauamtsleiter/innen. In unterschiedlichen, vom Landkreis gewählten Themenblöcken werden konkrete Ansatzpunkte entwickelt, zum Beispiel zum Thema Altengerechtes Wohnen, demografiegerechte Sportstättenentwicklung, Förderung der Integration und Zuwanderung, Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements für alle Generationen.

Gegen die Abwanderung junger Menschen setzen wir Zukunftsangebote für junge Menschen, die wir im neuen Schuljahr unter anderem durch einen jugendgerecht „coolen“ Terminplaner mit zugehöriger Webseite bekannt machen, der allen Schüler/innen ab der 7. Klasse in die Hand gegeben wird.

Die Beispiele zeigen: Daseinsvorsorge in der Fläche unter den Bedingungen des demografischen Wandels kann gelingen. Aber dafür brauchen wir neue Konzepte unter Nutzung moderner technischer Möglichkeiten und einer aktiven Zivilgesellschaft. Die größte Herausforderung ist aber, eine innovative, wandlungsfähige Gesellschaft zu bleiben, obwohl das Durchschnittsalter der Bevölkerung auf über 50 Jahre steigt. Wir müssen deshalb Strukturen stärken und schaffen, in denen die Stimme der Jugend gehört wird, damit sie auch in der Schrumpfungssituation ihre Rolle als Innovationsträger und stetige Herausforderung vorhandener Strukturen erfolgreich ausfüllen kann.

3. Anforderungen und Probleme für die Jugendverbandsarbeit vor dem Hintergrund des demografischen Wandels in Ostdeutschland

Prof. Dr. Titus Simon; Professor für Jugendarbeit und Jugendhilfeplanung an der Hochschule Magdeburg-Stendal

Zur zivilgesellschaftlichen Bedeutung von Vereins- und Verbandsarbeit

Vereins- und Jugendverbandsarbeit ist kein Allheilmittel gegen alle Probleme dieser Zeit. Zudem hat sie selbst genug damit zu tun, ihre Funktion und Bedeutung innerhalb einer sich beschleunigt wandelnden Gesellschaft und, darin eingebettet, der sich verändernden Sozialisationsbedingungen für Kinder und Jugendliche – je nach Lage der Dinge – zu behaupten oder neu auszuloten. Im längst vergriffenen, legendären „Handbuch der Jugendverbände“, das in der damals vorgelegten Form nur in der Gestaltungseuphorie der unmittelbaren Nachwendezeit machbar war, formulierte Walter Hornstein (in: Böhnisch u.a. 1991, S. 751) nachdenklich:

„Die Jugendarbeit, insbesondere die Jugendverbandsarbeit, tritt dieser so umrissenen Zukunft in einer Verfassung und in einem Zustand gegenüber, der durch ein bestimmtes Maß an gesellschaftlicher Anerkennung und Etabliertheit gekennzeichnet ist. Sie hat sich, insbesondere in den 70er Jahren, eine Infrastruktur und eine Ausstattung aneignen können, die ihr einen festen Platz im Rahmen der sozialen Dienste sichert.....Es stellt sich allerdings die Frage, ob diese derart überlieferte und stark verfestigte Struktur den angemessenen Rahmen für die zukünftig sich zu stellenden Aufgaben abgeben kann.“

Da, wo sie heute noch leidlich oder gar besser funktioniert, ist sie immer noch die Vertretung eines Teils jugendlicher Interessen und leistet Beiträge zur Raumaneignung und zur Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen. Angebote der Jugendverbände tragen zur sinnvollen Strukturierung freier Zeit bei, schaffen Austauschprozesse und Begegnungsmöglichkeiten mit Altersgleichen, vermitteln Anerkennung und sind unverändert ein Ort des sozialen Lernens. Dies gilt in besonderer Weise auch für die Jugendgruppenleiter/innen, die lernen, Verantwortung für andere zu übernehmen und sich bereits in der konkreten Arbeit selbst weiterentwickeln und fachlich qualifizieren. Jugendgruppenleiter/innen lernen auch im Ehrenamt eine zentrale Dimension erfolgreicher Jugendarbeit: die Entwicklung tragfähiger Beziehungen. Diese eher „beiläufigen“ Funktionen werden erst dann besonders vermisst, wenn das örtliche Vereins- und Verbandswesen auszu-

dünnen droht, wie dies in manchen Regionen Ostdeutschlands bereits seit Längerem der Fall ist. Durchaus relevant ist die Feststellung einer aktuellen Studie des Landjugendverbandes Schleswig-Holstein e.V., wonach sich 71% aller jugendlichen Vereinsmitglieder auf dem Land wohl fühlen, von gleichaltrigen Nichtmitgliedern sind dies nur 51% (Richter u.a. 2008, S. 11). Hierzu trägt auch eine weitere wichtige Funktion der Jugendverbände bei. Sie fördern das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Gruppe und machen so Jugendliche resistenter gegen jugendtypische Gefährdungen wie z.B. die Einflussnahme rechtsextremer Cliques und Organisationen. Sie haben somit eine wichtige präventive Funktion, die freilich viele nicht erfasst, die sich subkulturellen – etwa rechtsextremen – Gruppen zugehörig fühlen. Ein wichtiges Element ist dabei das Erlernen und Erleben demokratischer Spielregeln und Aushandlungsprozesse. Voraussetzung dafür ist, dass die Jugendverbände die Partizipation ihrer Mitglieder fördern.

Zur aktuellen Situation der Jugendarbeit in Vereinen und Verbänden im Ost-West-Vergleich

Vereine und Verbände mit ihren ehrenamtlich Tätigen sind unverändert wichtige Multiplikator/innen einer demokratischen Kultur und Arena von entsprechenden Beiträgen zur Sozialisation von Kindern und Jugendlichen. Jugendverbände sind nichtformelle und informelle Lern- und Bildungsorte, haben Entspannungs- und Kompensationsfunktion und schaffen vielfältige Lerngelegenheiten (Hessischer Jugendring, 2008, S. 10). Vereins- und Verbandstätigkeit unterscheidet sich in den neuen Bundesländern immer noch von den Strukturen auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik. Während das Vereinswesen eine kontinuierliche Entwicklung genommen hat – wobei Sportvereine stark dominieren – hat Jugendverbandsarbeit noch immer eine eher randständige Position.

Zur Veranschaulichung wird mangels neuerer Erhebungen auf Jugendbefragungen in kleinstädtisch-ländlichen Räumen verwiesen, die im Kontext der Jugendhilfeplanung ausgesuchter Landkreise in Sachsen-Anhalt durchgeführt wurden. So wurden u.a. in der bislang umfangreichsten Befragung³ im Kontext der Jugendhilfeplanung im ländlichen Raum Ostdeutschlands im Landkreis Stendal knapp 7.000, im Landkreis Schönebeck 3.100 und im Ohrekreis 1.500 Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 12 und 17 Jahren befragt. In den ausgeprägt ländlich strukturierten und schwach besiedelten Gebieten sind rund 45% der befragten Kinder und Jugendlichen in Vereinen aktiv. Dieser Wert liegt deutlich über entsprechenden Vergleichsuntersuchungen in Ostdeutschland, aber mehr als 20%

³ Befragungszeitraum: 1998–2006. Im Zuge der Kreisgebietsreform wurden einige der hier genannten Landkreise zusammengelegt – etwa der LK Ohrekreis, der mittlerweile zum Bördekreis zählt.

unter den Ergebnissen vergleichbarer westdeutscher Studien. So sind z.B. in Schleswig-Holstein im ländlichen Raum 69% der Jugendlichen aus ländlichen Regionen in Vereinen und Verbänden, in den Städten dieses Bundeslandes immerhin noch 65% (Richter u.a. 2008, S. 10). Auch in den untersuchten Sozialräumen Sachsen-Anhalts sind 13-Jährige am stärksten in Vereinen aktiv; bis zum 17. Lebensjahr nimmt der Anteil der aktiven Vereinsmitglieder stetig ab.

Tabelle 3: Vereins-/Verbandszugehörigkeit und Alter*

Vereinsmitgliedschaft	12-Jährige	13-Jährige	14-Jährige	15-Jährige	16-Jährige	Gesamt
Ja	51,8 %	47,9 %	44,9 %	42,4 %	35,9 %	43,7 %
Nein	48,2 %	52,1 %	55,1 %	57,6 %	64,1 %	56,3 %

* Landkreise Stendal, Schönebeck, Ohrekreis

Die Ergebnisse der dargestellten Untersuchungen decken sich mit denen anderer Erhebungen, was das Verhältnis von Schulart und Häufigkeit der Vereinstätigkeit anbelangt. Vereinszugehörigkeit ist umso häufiger, je besser der schulische Status der Kinder und Jugendlichen ist (siehe Tabelle 4). Dem entgegen zu steuern, ist eine maßgebliche Aufgabe der Jugendhilfe, die sinnvoller Weise in einer Dreieckskooperation zwischen Schule, Verein und Jugendhilfe angegangen wird.

Tabelle 4: Vereins-/Verbandszugehörigkeit und Schule*

Vereinsmitgliedschaft	Sekundarschule	Gymnasium
Ja	38,5 %	53,6 %
Nein	60,1 %	46,1 %
keine Angabe	1,4 %	0,3 %

* Landkreise Stendal, Schönebeck, Ohrekreis

Dass Jungen mehr in Vereinen und Verbänden aktiv sind als Mädchen (siehe Tabellen 5 und 6), geht auf zwei Ursachen zurück:

1. die Dominanz jungenbezogener Angebote im Sportbereich;
2. Jungen haben außerhalb ihres Wohnbereichs größere Aktionsräume, in welchen sie sich treffen bzw. in denen sie Veranstaltungen und Angebote nutzen.

Tabelle 5: Vereins-/Verbandszugehörigkeit und Geschlecht im Landkreis Schönebeck

Vereinsmitgliedschaft	Mädchen	Jungen
Ja	37,1 %	49,5 %
Nein	62,1 %	49,6 %
keine Angabe	0,8 %	0,9 %

Tabelle 6: Vereins-/Verbandszugehörigkeit und Geschlecht im Landkreis Stendal

Vereinsmitgliedschaft	Mädchen	Jungen
Ja	41,6 %	52,5 %
Nein	57,3 %	46,2 %
keine Angabe	1,1 %	1,3 %

Im Vergleich der Landkreise Stendal und Schönebeck wurde die These formuliert, dass die besonders ausgeprägte Arbeitslosigkeit im Landkreis Schönebeck Einfluss darauf nimmt, dass dort Kinder und Jugendliche in noch geringerem Umfang in Vereinen und Verbänden organisiert sind, als in dem extrem ländlichen Landkreis Stendal.

Mit diesen Darstellungen kann für zwei Landkreise, in denen sich in den letzten 20 Jahren rechtsextreme Jugendkulturen stark verankern konnten, nachgewiesen werden, dass dort die Vereins- und Verbandsarbeit nur unterdurchschnittlich stark entwickelt ist. Dieser Hinweis ist jedoch nur für die genannten Sozialräume gültig. Weiterführende Forschungen – die der Projektverantwortliche im Aufgabenbereich des deutschen Bundesjugendrings sieht – stehen noch aus.

Neben den Sportvereinen haben sich in Ostdeutschland nur sehr wenig andere Vereine und Verbände entwickeln können, die die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen wirkungsvoll erreichen. Eindeutig dominieren Angebote aus dem Spektrum Feuerwehr/ Rettungswesen. Kirchliche Jugendarbeit verharnt, einige örtliche Ausnahmen ausgenommen, in einer Nische (siehe die Tabellen 7 und 8).

Tabelle 7: Beispiel 1: Vereins-/Verbandszugehörigkeit Jugendlicher im Landkreis Schönebeck

Art des Vereins/Verbandes	Anzahl Jugendlicher n = 1338 von 3115	Prozent
Sport	896	28,8%
Jugendfeuerwehr	93	3,0%
Kunst/Kultur/Musik	76	2,4%
Angeln	69	2,2%
Reitsport	63	2,0%
Tanzen	61	2,0%
Karnevalsverein	30	1,0%
Schützenverein	28	0,9%
Kirche	24	0,8%
DRK/DLRG	20	0,6%
Sonstiges	20	0,6%
Keine Angabe	41	1,3%
Gesamt	1338	42,5%

Tabelle 8: Beispiel 2: Vereins-/Verbandszugehörigkeit Jugendlicher im Landkreis Stendal

Art des Vereins/Verbandes	Anzahl Jugendliche	Prozent
Sportvereine	1825	31,9%
(Jugend)Feuerwehr	299	5,2%
Kunst/Kultur/Musik	192	3,4%
Deutscher Angler Verein (DAV)	97	1,7%
Kirchliche Jugendarbeit (alle Konfessionen)	83	1,4%
Karnevalsverein	63	1,1%
DRK/DRLG	38	0,7%
Kleintierzüchter	29	0,5%
Gesamt	2626	45,8%

Angesichts der schwächer entwickelten Vereins- und Verbandsarbeit in den peripheren ländlichen Räumen wundert es nicht, dass offene Jugendarbeit eine besondere Bedeutung hat. In insgesamt sechs von der Hochschule Magdeburg-Stendal zwischen 1998 und 2006 begleiteten Jugendhilfeplanungen haben Schüler/innen-Befragungen (Samplegröße 600 bis 7.000 Kinder und Jugendliche) ergeben, dass der Anteil derer, die Jugendclubs besuchen, mit 30–37% weit über den in Westdeutschland ermittelten Werten liegt. Interessant ist ferner, dass die aus Westdeutschland bekannte „klassische“ Verteilung „ein Drittel Mädchen – zwei Drittel Jungen“ so nicht nachweisbar ist. In allen Untersuchungsgebieten lag der Mädchenanteil zwischen 40 und 50%, in einem Landkreis dominierten sogar die Mädchen (siehe Tabelle 9).

Tabelle 9: Jugendclubbesuch und Geschlecht – dargestellt an ausgesuchten Beispielen

Gebiet	Zahl der Befragten	Jugendclubbesuch Mädchen	Jugendclubbesuch Jungen
Neustädter Feld (großstädtischer Sozialraum in Magdeburg)	604	36,0 %	39,9 %
Landkreis Stendal	6.900	32,7 %	36,3 %
Landkreis Schönebeck	3.115	34,9 %	30,7 %

Befragt wurden im Rahmen von Totalerhebungen an allen Schulen der beiden Landkreise bzw. des Stadtteils alle Mädchen und Jungen im Alter zwischen 12 und 16 Jahren.

Der Mädchenanteil unter den Jugendclubbesucher/innen lag im Landkreis Schönebeck erstmals bei einer flächenbezogenen Untersuchung über dem der Jungen. Im Bundesdurchschnitt (zugrunde gelegt: zahlreiche Untersuchungen, die sich spezifisch mit Fragen der offenen Jugendarbeit befassen oder aber Daten zur Jugendhilfeplanung liefern) ist das zahlenmäßige Verhältnis von Jungen und Mädchen unter den Nutzer/innen von Jugendfreizeiteinrichtungen – wie oben erwähnt – im Durchschnitt 2:1.

Auch die von Jugendlichen angegebene Nutzungshäufigkeit ist bemerkenswert. So liegen in den drei Gebieten die Werte für „täglichen Besuch“ und „mehrmals pro Woche“ ebenfalls deutlich über dem Durchschnitt anderer Erhebungen. 21,7%, die im Landkreis Schönebeck „täglichen Besuch“ angegeben haben, stellen einen der höchsten jemals ermittelten Werte in der Bundesrepublik dar. Für den Magdeburger Stadtteil „Neustädter Feld“ wurde im Rahmen einer Feldstudie eine tägliche Nutzung von Jugendclubs von 19,2% aller Besucher/innen ermittelt, was den höchsten, jemals für eine Großstadt der Bundesrepublik ermittelten Wert darstellt. Üblich ist bei derartigen Schüler/innen-Befragungen hierfür ein Anteil von ca. 5%.

Auffällig ist, dass der Anteil täglicher Besucher/innen unter den Jungen mit knapp 40% über dem der Mädchen liegt. Der Jugendclub wird somit für eine große Gruppe Kinder und Jugendlicher zu einem zentralen Lebensmittelpunkt. Dabei kann bei den „Dauernutzer/innen“ unterschieden werden zwischen:

- besonders aktiven Jugendlichen, die sich zum Teil auch ehrenamtlich im Club engagieren;
- Kindern und Jugendlichen, die die Clubangebote nicht nur für die Freizeitgestaltung, sondern auch für die Tagesstrukturierung benötigen;
- Besucher/innen, die im Kontext der Nutzungsgewohnheiten fester Cliques zu „Dauernutzer/innen“ geworden sind.

Betrachtet man nur isoliert die Dichte an offener Jugendarbeit, so kann der wenig kundige Beobachtende zu dem Ergebnis gelangen, dass Ostdeutschland über ein sehr breites Angebot verfügt. Das noch vorhandene Angebot ist nicht nur eine notwendige (Teil)Antwort auf die facettenreichen Folgeprobleme der Wiedervereinigung. Es hat auch eine eindeutig ausgleichende Funktion vor dem Hintergrund

1. einer zwar sehr engagierten, aber zahlenmäßig weit unterhalb des notwendigen Bedarfs agierenden aufsuchenden Jugendarbeit in der Fläche;
2. einer gleichsam engagierten, aber quantitativ noch unzureichenden niedrigschwelligen Suchthilfe, die Kinder und Jugendliche im ländlichen Raum nicht wirksam erreicht;
3. der nach der Wende in Ostdeutschland deutlich geringeren Einbindung von Kindern und Jugendlichen in die sportliche und kulturelle Vereinsarbeit (hierzu Jandl/Simon 2000);
4. einer unzulänglichen Ausstattung mit Angeboten der Jugendverbandsarbeit und als Folge hiervon einer nur sehr geringen Einbindung von Kindern und Jugendlichen in Gruppen und Maßnahmen der Jugendverbände;
5. des 2004 erfolgten Wegfalls von Einrichtungen der Schulsozialarbeit als Folge der Einstellung des im Ländervergleich vorzüglichen Programms des Landes Sachsen-Anhalt, an das erst 2009 wieder angeknüpft wurde;
6. der zu geringen Ausstattung mit Angeboten der Jugendsozialarbeit;
7. einer – im gesamtdeutschen Vergleich – schlechteren Ausstattung mit Abenteuer- und Bauspielplätzen.

Die zwischen 1998 und 2006 vorgenommenen Untersuchungen in fünf Landkreisen Sachsen-Anhalts sowie in der Landeshauptstadt Magdeburg weisen die Gemeinsamkeit auf, dass es kaum Jugendliche gibt, die bereit sind, sich in den politischen Jugendorganisationen der Parteien zu organisieren. Unter mehr als 12.000 Befragten gab es keine/n einzige/n (!) Jugendliche/n, der/die sich bei den Jugendorganisationen von CDU, SPD, SPD oder Bündnis 90/Die Grünen engagiert hätte. Sehr vereinzelt wurden Jugendliche angetroffen, die sich im Umfeld einer PDS/Linke-nahen oder einer auch zu dieser Partei auf Distanz gehenden „Antifa“ bewegten oder in „autonomen Kameradschaften“ der rechten Szene organisiert sind.

Geht man der Frage nach, wie sich der **Rechtsextremismus in den Vereinen und Verbänden** zeigt, so werden gravierende Ost-West-Unterschiede deutlich. Noch sehr aktuell sind die diesbezüglichen Befunde der so genannten „Hessenstudie“ (Hessischer Jugendring, 2008). So verweisen die Hessische Sportjugend, die Hessische Landjugend, die DGB-Jugend und konfessionelle Jugendverbände lediglich auf vereinzelte rechtsextreme Vorfälle an ihrer Mitgliederbasis. Gelegentliche Vorfälle verzeichnet die Hessische Jugendfeuerwehr in ihren örtlichen Gliederungen (ebenda). Sieht man einmal vom alltäglichen Rassismus ab, der sich jedes Wochenende am Rand der Sportplätze artikuliert, so kann festgestellt werden, dass Rechtsextremisten bislang noch nicht in feststellbarem

Maße in westdeutschen Sportvereinen Fuß gefasst haben. Dies sieht in der Fläche Ostdeutschlands anders aus. Hier sind „Nationale Aktivisten“ bei ihrem Versuch der Unterwanderung bürgerlicher Vereinsstrukturen und der Feuerwehr zumindest an einzelnen Orten deutlich weiter vorangekommen. Aktuell werden in Berlin und den ostdeutschen Bundesländern neue Sportvereine (häufig unter dem auch von anderen Sportvereinen gebrauchten Namen „Germania“) aus der Taufe gehoben, deren Mitglieder mehrheitlich der rechtsextremen Szene angehören oder dieser nahe stehen.

Antworten der ehrenamtlich getragenen Vereins-, Verbands- und Jugendarbeit

Auch wenn zu Recht immer wieder betont wird, dass Vereine, Verbände und die von Ehrenamtlichen geleistete Jugendarbeit wichtige Pfeiler der Zivilgesellschaft sind, so muss auf der anderen Seite berücksichtigt werden, dass diese klassischen Formen der außerschulischen Jugendarbeit nicht unangemessen überfrachtet werden dürfen. Das Engagement im Verein und Verband ist getragen von der entsprechenden Zweckorientierung und noch mehr von dem Bedürfnis nach Geselligkeit und der Begegnung mit Altersgleichen.⁴ Es ist deshalb nicht per se davon auszugehen, dass Vereins- und Verbandsaktivist/innen sich ohne weiteres und in nachhaltiger Form mit Aspekten der demografischen Entwicklung befassen. Dies geschieht mit Blick auf den eigenen Verein oder die örtliche Gruppe des Verbandes oftmals erst dann, wenn die spezifischen Verbandsaktivitäten in Gefahr geraten.

1. Stärkung geschlechtersensibler Jugend(verbands)arbeit und Infrastruktur in den ländlichen Räumen

Unverändert sind Mädchen immer noch schwächer im Vereins- und Verbandswesen organisiert als Jungen. Das ist zu kritisieren, darin liegen aber auch noch ausschöpfbare Potentiale. Generell müssen sozialräumliche Entwicklungsprozesse mit Blick auf die spezifischen Entwicklungsbedingungen, Bedürfnisse und Förderbedarfe von Männern und Frauen, Jungen und Mädchen betrachtet und reflektiert werden. Die Jugendhilfe ist hierzu aufgrund der einschlägigen gesetzlichen Vorgaben besonders verpflichtet. Dar-

⁴ Dies wurde bereits in den 1990er Jahren durch die modellhaften Beiträge des Kreisjugendrings Rems-Murr (Baden-Württemberg) zur Kreisjugendplanung belegt, findet seine Bestätigung in den vom Projektverantwortlichen zwischen 1996 und 2005 in Ostdeutschland durchgeführten Jugendhilfeplanungen und zuletzt auch in den 2008 vorgelegten Studien des Hessischen Jugendrings und des Landjugendverbands Schleswig-Holstein e.V.

aus leitet sich auch die Notwendigkeit einer geschlechtersensiblen Jugendhilfeplanung ab. Blickt man auf die Vereins-, Organisations- und Politikstrukturen, so ist festzustellen, dass ländlich geprägte Lebensverhältnisse noch stärker als die urbanen Milieus von traditionellen Rollenbildern geprägt werden. Die Frage: „Ist ländlicher Raum unverändert männlich dominierter Raum?“ darf durchaus zu Recht gestellt werden. Nicht nur in den traditionell von Männern dominierten Feuerwehren, Sport- und Schützenvereinen kann festgestellt werden, dass die in den ländlichen Räumen dominierenden sozialen und institutionellen Rahmenbedingungen sowie das ausgeprägtere machtorientierte männliche Politikverhalten das politische Engagement von Frauen und Mädchen erschweren. Auf die Problematik einer erhöhten Abwanderung von besser qualifizierten – und damit potentiell eher zum Engagement bereiten – Mädchen und jungen Frauen aus den ländlich-peripheren Zonen wurde vielfach hingewiesen. Jugendhilfe und hier insbesondere die Jugendarbeit haben in den letzten Jahrzehnten wichtige Beiträge zur Stärkung der Rolle und Position von Mädchen und jungen Frauen in den ländlichen Räumen geleistet. Bislang nur fragmentarisch wurde eine Jungenarbeit implementiert, die erfolgreich den überkommenen Männerrollen entgegen wirkt, an deren Überhöhungen der Rechtsextremismus leicht andocken kann.

Gerade vor dem Hintergrund, dass zivilgesellschaftliche Strukturen in den ländlichen Problemzonen schwächer entwickelt sind, liegt es nahe, die dort oftmals randständige geschlechtersensible Strukturentwicklung aus den Mitteln der Förderprogramme stärker als bislang zu berücksichtigen. Dabei sollte auch, aber nicht nur auf Jugendförderung Wert gelegt werden.

2. Kooperation der Jugendverbandsarbeit mit sozialraumorientierten Erziehungshilfen

Mittlerweile wurde in ausgesuchten Sozialräumen mit dem Aufbau „flexibler, sozialraumorientierter, individuell zugeschnittener Erziehungshilfen“ begonnen und schließlich 2006 flächendeckend in den Modelllandkreisen umgesetzt. Im Spektrum der erzieherischen Hilfen kooperieren nun in jedem Sozialraum der Modellregionen Mitarbeiter/innen des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) des Landkreises mit Teams der freien Träger. Sie agieren partiell getrennt, bilden jedoch gemeinsame Jugendhilfestationen. Diese Prozesse geschehen bislang völlig isoliert von der Jugendverbandsarbeit. Es besteht für diese also dringender Bedarf, sich auf die Dimension der Sozialraumorientierung in geeigneter Weise einzulassen.

3. Neue Formen der Zusammenarbeit Schule – Jugendverbandsarbeit

Eine unabhängig vom Betreuungsaspekt bestehende Notwendigkeit sozialpädagogischer Arbeit an allen Schulen ist mittlerweile weitgehend unstrittig. An die Schulen werden angesichts veränderter Lebenswelten von Kindern, Jugendlichen und Familien neue Anforderungen gestellt. Immer mehr Schulen beginnen damit, sich mit den sichtbar werdenden Lebenssituationen und Problemen der Schüler/innen auseinanderzusetzen, die sich in Schulversagen, Schulverweigerung, Gewalt, Alkohol- und Drogenkonsum und den Schwierigkeiten bei der Bewältigung der „1. Schwelle“ artikulieren.

Vor allem als Folge der stärkeren Verbreitung der Ganztagschule sind neue Herausforderungen an die Jugendarbeit erkennbar, die gleichermaßen sowohl für die offene wie auch die verbandliche Jugendarbeit zutreffen:

- Sie steht vor einem Legitimations- und Finanzierungsdruck, wie z.B. in Brandenburg, wo das Finanzierungskonzept des Landes sich stark auf Maßnahmen am Schulstandort fokussiert.
- Sie steht vor neuen konzeptionellen Herausforderungen, wo sie – wie an vielen Orten bereits geschehen – in die Freizeitpädagogik und die Förderkonzepte der Ganztagschule eingebunden ist.
- Sie hat aber auch darauf zu achten, dass ein angemessener Teil „schulferner“ offener und verbandlicher Jugendarbeit bestehen bleibt. Dies aus drei Gründen:
 1. Jugendarbeit sollte zumindest partiell an ihrer sozialräumlichen Orientierung festhalten bzw. diese entwickeln.
 2. Sie sollte auch für jene Jugendlichen ein lebensweltbezogenes Angebot vorhalten, die die Schule bereits hinter sich gelassen haben, ebenso für jene, die schulnah organisierte Angebote als „zu verregelt und zu sehr mit Schule verknüpft“ empfinden.
 3. Sie sollte – im Sinne des 12. Jugendberichts – eine wichtige Funktion bei der Organisation informeller Lernorte einnehmen.



4. Einbeziehung der Stärkung von Vereins- und Verbandsstrukturen in die Förderung der peripheren ländlichen Gebiete

Über die bisher gemachten Vorschläge hinausgehend sind Überlegungen anzustellen, wie über die Stärkung sozialer und wirtschaftlicher Strukturen Haltefaktoren für die besser qualifizierten jungen Frauen geschaffen werden können. Für Österreich und sehr wohl auf Deutschland übertragbar beschreibt Tanja Fischer (2008), dass es vor dem Hintergrund der Überalterung peripherer ländlicher Räume Lösungsansätze geben muss, die zum einen die spezifischen Bedarfe der Alten und Hochbetagten berücksichtigen und zum anderen auf die erst genannte Gruppe ausgerichtete Investitionen in die soziale, bauliche und Verkehrsinfrastruktur entwickeln, die auch Haltefaktoren für die jüngere Bevölkerung darstellen. Leitbild ist die Entwicklung eines familien- und generationenverträglichen Lebensumfeldes. Das geht einher mit einem Zuwachs an qualifizierten Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Frauen und wachsenden Dienstleistungsbedarfen für die ältere Generation.

Gerade mit Blick auf die aktuellen Voraussetzungen in den peripheren ländlichen Räumen, von denen die Mehrzahl in Ostdeutschland liegt, sind Planungen für eine nachhaltige Dorfentwicklung, Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung künftig stärker als bislang miteinander zu verzahnen. In der Bundesrepublik gibt es hierzu Überlegungen und erste Ansätze (siehe hierzu: Camino 2007), die jedoch von den nur selten öffentlich gemachten Überlegungen der Raumplanung konterkariert werden. Mit Blick auf angeblich knappe Ressourcen plädiert diese dafür, einzelne „ausgeblutete“ ländliche Räume langfristig vollständig aufzugeben und bereits mittelfristig von der Strukturförderung abzukoppeln. Diese Debatte muss künftig vermehrt von den Menschen geführt werden, die in den betroffenen Sozialräumen leben. Hierzu können Jugendverbände durchaus Impulse setzen.

Ohne dort entwickelte Maßnahmen im Verhältnis 1:1 übernehmen zu wollen, lohnt sich ein Blick ins Ausland. Die in Deutschland verpönte „Zwergschule“ mit gelegentlich klassenstufenübergreifendem Unterricht hat sich in abgelegenen Gegenden der Schweiz, Spaniens, Portugals und Skandinaviens als wettbewerbsfähig erwiesen. Die Ressourcen und Potentiale der peripheren ländlichen Räume gewinnen, wenn es gelingt, die Belange der Orte und Sozialräume zu koordinieren. Hierzu wurden mit der finnischen Dorfbewegung (SYTY) und der niederländischen „Landelijke Vereniging voor Kleine Kernen“ (LVKK) beispielhafte Prozesse eingeleitet. In Schweden existieren bereits mehr als 4.400 dörfliche Aktionsgruppen, die regional vernetzt sind und zugleich eine landesweite Bewegung darstellen. Ansatzweise wurde derartiges von der Brandenburgischen Werkstatt Lokale Agenda 21 mit der Aktion „Bürgerschaftliches Engagement für lebendige und zukunftsfähige Dörfer in Brandenburg“ angedacht (Krambach 2006).

Ein zentrales Problem der besonders strukturschwachen Räume stellt die ungebrochene Abwanderung junger, besser ausgebildeter Menschen dar. Unter diesen ist der Anteil junger Frauen besonders hoch. Spanien und Portugal haben auf die hohe Abwanderung vom Landesinnern an die Küste und ins Ausland mit einer gezielten und auch erfolgreichen Förderung neuer Ansiedlungen reagiert. In Portugal hat die gemeinnützige Vereinigung „In Loco“ mit staatlicher Förderung ein System der Ausbildung von jungen, häufig weiblichen Moderator/innen und Animater/innen für die nachhaltige Entwicklung aufgebaut, die in den entlegenen und entvölkerten Orten eingesetzt werden. Was hindert den Bund und die ostdeutschen Länder daran, Vergleichbares mit Blick auf die Stärkung lokaler Ökonomien und zivilgesellschaftlicher Strukturen ebenfalls zu implementieren? Zumindest für den Verweis auf die Finanzfrage hat die Bundes- und Landespolitik spätestens seit ihrer im Oktober 2008 gezeigten Großzügigkeit gegenüber in- und ausländischen Banken die Legitimation verloren.



4. Literatur

Camino (Hrsg.): Caminante – Modellprojekt zur lebensweltorientierten Jugendhilfeplanung im ländlichen Raum unter den Bedingungen des demografischen Wandels. Abschlussbericht, Berlin 2007

T. Fischer: Alt sein im ländlichen Raum – eine raumwissenschaftliche Analyse, Dissertationsschrift, Wien 2008

Hessischer Jugendring (Hrsg.): Jugendverbände als zivilgesellschaftliche Akteure – in Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, Wiesbaden 2008

W. Hornstein: Jugend in den 90er Jahren. In: L. Böhnisch/H. Gängler/T. Rauschenbach (Hrsg.): Handbuch Jugendverbände, Weinheim und München 1991

H. Jandl/T. Simon: Von Traktor Suhl ins Fitness-Center. Zur Entwicklung des Breitensports in Ostdeutschland. In: „Alternative Kommunalpolitik“, Heft 2/2000

K. Krambach: Ressourcen und Potentiale des ländlichen Raumes. Kurzfassung eines Vortrags im Rahmen der Camino-Tagung, „Jugendarbeit im ländlichen Raum“, Berlin 2006

H. Richter/K. Buddeberg/E. Richter/W. Riekmann: Jugendverbandsarbeit auf dem Lande. Perspektiven für Mitgliedschaft und Ehrenamt am Beispiel Schleswig-Holstein, Rendsburg 2008

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.): Deutschland 2020. Die demografische Zukunft der Nation, Berlin 2005

www.berlin-institut.org, Eingesehen am: 10.05.2007

U. Deupmann: Die Macht der Kinder, Frankfurt am Main 2005

Ch. Dienel: Einleitung: Theorie und Praxis regionaler Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland. In: Dies. (Hrsg.): Abwanderung, Geburtenrückgang und regionale Entwicklung: Ursachen und Folgen des Bevölkerungsrückgangs in Ostdeutschland – interdisziplinäre und vergleichende Perspektiven, Wiesbaden 2005

Ch. Dienel (Hrsg.): Zukunftschancen junger Frauen und Familien in Sachsen-Anhalt, Magdeburg 2004b

www.menschen-fuer-sachsen-anhalt.de, Eingesehen am: 12.10.2006

Ch. Dienel/A. Gerloff: Geschlechtsspezifische Besonderheiten der innerdeutschen Migration für Sachsen-Anhalt. In: Th. Claus (Hrsg.): Gender-Report Sachsen-Anhalt 2003. Daten, Fakten und Erkenntnisse zur Lebenssituation von Frauen und Männern. Oschersleben 2003

St. Kruse: Wohnungsleerstand in Sachsen-Anhalt sinkt spürbar. In: Magdeburger Volksstimme Nr. 174, 30. Juli 2007

Statistisches Landesamt (2007): Bevölkerungsentwicklung Sachsen-Anhalts seit dem 3.10.1990. In: www.stala.sachsen-anhalt.de, Eingesehen am: 25.05.2007

Impressum

Herausgeber:

Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V.

V.i.S.d.P.: Rolf Hanselmann

Anhaltstr. 14

39104 Magdeburg

Telefon: 0391/535 394 80

Fax: 0391/59 79 538

Email: info@kjr-lsa.de

Internet: www.kjr-lsa.de

Redaktion:

Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V., Ines Funke

Diese Ausgabe wurde gefördert vom Ministerium für
Gesundheit und Soziales und dem Landesverwaltungsamt.



SACHSEN-ANHALT

Ministerium
Gesundheit und Soziales